



Leitantrag

verabschiedet zum
Bundesdelegiertentag

Ludwigshafen, 19.04.2008

Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG)

Herzogspitalstraße 13/ IV
80331 München

☎ (089) 26 70 41
☎ Fax (089) 260 63 87

E-Mail: keg-mch@t-online.de
www.keg-deutschland.de

Leitantrag der Katholischen Erziehergemeinschaft Deutschlands zum Bundesdelegiertentag 2008

Mehr Bildung und Erziehung - Fördern und Fordern von Anfang an!

Die Katholische Erziehergemeinschaft Deutschlands (KEG) ist ein Bundesverband für Erzieher/innen und Lehrer/innen. Er setzt sich zusammen aus Landesverbänden, die sich in einigen Bundesländern Christliche Erziehergemeinschaft (CEG) nennen. Das Verbandsverständnis ist ökumenisch geprägt.

Die Ziele der **KEG** sind:

- Mitgestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens auf der Grundlage des christlichen Menschen- und Weltbildes
- Religiöse und berufliche Förderung ihrer Mitglieder
- Berufsrechtliche und standespolitische Interessensvertretung des pädagogischen Personals in allen Bildungseinrichtungen
– von der Kindertageseinrichtung bis zur Hochschule.

Die **KEG** will aus der Verantwortung eines christlichen Verbandes deutlich machen, dass der Mensch dazu berufen ist, in Verantwortung vor Gott die Welt zu gestalten.

Aus diesem Grundverständnis definiert die **KEG** den Begriff von Bildung und Erziehung.

Bildung soll den Menschen dazu befähigen, sich ein Bild von der Welt zu machen. Der Mensch bildet sich also selbst, er wird nicht nur von anderen gebildet. Bildung schafft die Voraussetzung für die Integration in unsere Gesellschaft, das heißt in eine Welt, die sich ständig wandelt, auch hinsichtlich ihres Wertesystems.

Ausgangspunkte des Bildungsprozesses sind die unterschiedlichen Lebenslagen und individuellen Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen. Diese sollen als eigenständige Persönlichkeiten die Möglichkeit erhalten, ihre vielfältigen Anlagen und Fähigkeiten von Anfang an zu entwickeln. Nach Überzeugung eines christlichen

Verbandes gilt dies insbesondere für benachteiligte oder von Benachteiligung bedrohte Kinder und Jugendliche.

Erziehung bedeutet für die KEG, Kinder und Jugendliche auf ihrem Weg zur geistigen, sittlichen und religiösen Reife zu begleiten. Sie sollen dabei zu eigen-verantwortlichem, lebensbejahendem und kreativem Handeln ermuntert und befähigt werden. Um diese Erziehungsaufgabe erfüllen zu können, ist es dringend notwendig, die pädagogische Kompetenz aller am Erziehungsprozess Beteiligten zu stärken und zu fördern.

Die **KEG** beschreibt in ihrem Leitantrag ihre Positionen auf der Basis eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses.

Bildung und Erziehung – die Herausforderung für die Zukunft

- Seit dem letzten Bundesdelegiertentag der KEG fand eine positive Weiterentwicklung statt:
- Die verstärkte Anerkennung der herausragenden Bedeutung der frühkindlichen Bildung und Erziehung sowohl für die Persönlichkeitsentwicklung als auch für einen späteren schulischen und beruflichen Erfolg
- Die Familie als erster und wichtigster Ort der grundlegenden Wertevermittlung und der frühkindlichen Bildung wird verstärkt in den Blickpunkt genommen
- Der Ausbau von Ganztagsangeboten an Schulen
- Die Einrichtung „Lokaler Bündnisse für Familie“
- Der Einstieg in die Reform der Erzieherinnenausbildung
- Es erfolgt die Einrichtung einer Bund – Länder – Offensive zur Verringerung der Schulabbrecherquote. Sowohl die Erkenntnisse aus der Hirnforschung als auch die Entwicklungs- und Kognitionspsychologie belegen wiederholt, dass Lernerfahrungen in der frühen Kindheit spätere Bildungsprozesse nachhaltig beeinflussen. Insgesamt ergibt sich die Erkenntnis, dass Bildung **das** zentrale gesellschaftliche Thema der Zukunft ist.

Die **KEG** hat durch intensive Gespräche mit Vertretern aus Politik, Gesellschaft und Kirchen, durch Stellungnahmen und Veröffentlichungen ihren Beitrag zu dieser positiven Entwicklung geleistet.

Es bedarf insbesondere der Kooperation aller an der Bildung, Erziehung und Betreuung beteiligten Institutionen, um nach wie vor existierende Defizite im Bildungsbereich abbauen zu können.

Die Bundesrepublik Deutschland braucht deshalb eine nationale Bildungsinitiative mit einem ganzheitlichen Ansatz. Die Institutionen Familie, Kindertageseinrichtung, Schule, Universität und berufliche Ausbildung müssen an dieser Entwicklung beteiligt werden.

Die **KEG** erwartet, dass die KMK im Zusammenwirken mit der Konferenz der Jugendminister länderübergreifend diese richtungweisende Aufgabe wahrnimmt.

Bund und Länder sind aufgerufen, die dafür notwendigen finanziellen und organisatorischen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die **KEG** sieht dringenden Handlungsbedarf in folgenden Bereichen:

- Die Föderalismusreform darf sich nicht negativ auf die Bildungs- und Schulpolitik auswirken.
- Die KMK muss sich auf einen Konsens bei der Lehrerbildung einigen.
- Über die Zukunft des Schulwesens insgesamt, insbesondere der Hauptschule, muss neu nachgedacht werden.
- Der konfessionelle RU als grundgesetzlich geschütztes ordentliches Lehrfach darf nicht von einem allgemeinen Werteunterricht abgelöst werden. In den Bundesländern, in denen RU nicht ordentliches Lehrfach ist, soll er gleichberechtigtes ordentliches Lehrfach werden.
- Zwischen „Werteunterricht“ und Religionsunterricht muss Wahlfreiheit gewährleistet sein.
- Das Frühwarnsystem zum Schutz gefährdeter Kinder muss ausgebaut und umgesetzt werden.
- Der zunehmenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen muss dringend gegengesteuert werden.

- Der gesellschaftliche Stellenwert von Kinderrechten muss signifikant verbessert werden.
- Das Bildungsrecht aller Kinder - insbesondere der Behinderten und von Behinderung bedrohten - ist durch eine auf das Individuum bezogene Begleitförderung zu gewährleisten.
- Insgesamt muss der wachsenden beruflichen Belastung von Pädagogen Rechnung getragen werden.
- Ressourcen für die Vernetzung aller an der Erziehung Beteiligten müssen zusammengeführt werden.

Bildung von Anfang an in sozialpädagogischer Verantwortung

Kindheit heute vollzieht sich in einer Welt komplexer Zusammenhänge. Unterschiedliche familiäre Lebensverhältnisse und Lebensformen sowie Handlungen und Haltungen von Staat, Gesellschaft und Wirtschaft nehmen Einfluss auf kindliche Entwicklungen und Bildungsbiographien.

Allen jungen Menschen gleiche Bildungschancen zu ermöglichen ist eine zentrale Forderung der KEG Deutschlands. Die KEG stellt dabei heraus, dass Bildung nicht erst im Kindergarten oder mit dem Schuleintritt sondern bereits mit der Geburt eines Menschen beginnt und als lebenslanger Prozess anzusehen ist.

Ehe und Familie obliegen dem besonderen Schutz unseres Staates. Die verfassungsrechtlich herausgehobene Erstverantwortung der Eltern für ihre Kinder ist deshalb wertzuschätzen und zu achten, bedarf aber auch der Unterstützung und Begleitung.

Die KEG setzt sich für eine kinder- und familienfreundliche Politik ein. Sie fordert Staat, Gesellschaft, Wirtschaft und insbesondere die Kirchen auf, Familien mit Kindern durch ausreichende Betreuungsangebote, flexiblere Arbeitszeitmodelle und finanzielle Entlastungen zu unterstützen. Insbesondere die Wirtschaft muss sich nach Meinung der KEG mehr auf die Bedürfnislage von Familien mit Kindern einstellen. Sie muss Angebote für berufstätige Eltern schaffen, die es ihnen ermöglichen, den Bedürfnissen ihrer Kinder im Alltag gerecht zu werden. Gewinnmaximierende Wirtschaftsstrategien, die sich negativ auf Familien und ihre Kinder ausrichten, lehnt die KEG ab, ebenso spezifische Erwartungen der

Wirtschaft an Organisationsveränderungen, wenn diese lediglich dazu dienen, durch die Verfügbarkeit der Eltern Finanzziele zu erreichen und dabei Nachteile für Kinder in Kauf genommen werden.

Die KEG fordert den qualitativen und quantitativen Ausbau familienergänzender Bildungs-, Erziehungs-, und Betreuungseinrichtungen. Sie fordert den Erhalt bzw. die Aktivierung aller sozialpädagogischen Dienste, da diese einen wichtigen Beitrag zur Prävention und zum Schutz der Kinder leisten. Der Erhalt bzw. die Aktivierung dieser Einrichtungen hat im Sinne der Subsidiarität zu erfolgen. Konkret bedeutet dies: Einrichtungen der Kindertagesbetreuung müssen gestärkt werden, damit aufwendige erzieherische Hilfen erst gar nicht notwendig werden.

Kindertageseinrichtungen, Kindergärten, Kindertagespflege und andere sozialpädagogische Angebote haben, ebenso wie die Eltern, die Aufgabe, Kinder zum Umgang mit den Herausforderungen einer globalisierten Welt zu befähigen. Sie alle leisten einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich ungleicher Bildungschancen und verstehen sich als Anwälte der Kinder.

Die KEG unterstützt das Bestreben der Bundesregierung, die Kindertagesbetreuung von 0 bis 14 Jahren auszubauen. Sie sieht darin einen Beitrag zum Ausgleich unterschiedlicher Bildungsverläufe und zur besseren Vereinbarung von Kindererziehung und Erwerbstätigkeit der Eltern. Somit wird insbesondere für Kinder aus sozial schwachen und bildungsfernen Elternhäusern oder für Kinder mit Migrationshintergrund Chancengerechtigkeit gefördert.

Das Wunsch- und Wahlrecht der Eltern ist unbedingt zu achten. Die Entscheidung der Eltern, welches Angebot sie für ihr Kind in Anspruch nehmen, darf nach Meinung der KEG nicht zu finanziellen Ungerechtigkeiten führen. Insbesondere dann nicht, wenn Eltern sich für die eigenständige Betreuung in den ersten Lebensjahren ihres Kindes entscheiden. Die KEG fordert kostenfreie Bildungsangebote in Kindertageseinrichtungen. Einen für alle Kinder im vorschulischen Alter verpflichtenden Kindergartenbesuch lehnt die KEG ab.

Die KEG fordert außerdem einen Rechtsanspruch auf einen Kindertagesstättenplatz ab dem 1. Lebensjahr, unter Gewährleistung des Wunsch- und Wahlrechtes der Eltern.

Kindertageseinrichtungen als familienunterstützende und –ergänzende Bildungs- und Betreuungsangebote sind bedarfsgerecht bereitzustellen und auszubauen. Neben der frühkindlichen Bildung

dienen diese Einrichtungen auch der Elternunterstützung und Beratung. Darüber hinaus ermöglichen sie als niedrigschwelliges Angebot auch Kontakte, Begegnung und Selbsthilfe in der Elternschaft.

Die KEG unterstützt alle Bemühungen, Kindertageseinrichtungen als Familienzentren in den Sozial- und Lebensraum von Familien mit Kindern zu öffnen und die Vernetzung und Kooperation mit anderen sozialpädagogischen Stellen anzustreben und auch zu praktizieren. Die KEG sieht hierin einen wesentlichen Beitrag zum Schutz der Kinder und zur Entlastung der Eltern. Allerdings gibt die KEG zu bedenken, dass die Umsetzung dieser präventiven Aufgabe finanzieller Mittel bedarf und nicht zusätzlich mit den jetzt schon knappen Ressourcen der Kindertageseinrichtungen erfüllt werden kann.

Die KEG setzt sich für eine einrichtungsübergreifende Erziehungspartnerschaft ein. Insbesondere zur Bewältigung von Übergängen wie zum Beispiel beim Schuleintritt wird eine Zusammenarbeit aller am Erziehungs- und Bildungsprozess Beteiligten nötig. Die KEG fordert daher eine enge Verzahnung und Kooperation zwischen Familie, Kindertageseinrichtung und Grundschule.

Bildung, Erziehung und Betreuung ist eine unauflösbare Trias. Frühkindliche Bildung, insbesondere die Förderung der sozialen und sprachlichen Kompetenzen, bilden die Voraussetzung für einen geglückten Entwicklungsprozess und die erfolgreiche Teilnahme an den nachfolgenden Bildungsstufen.

Grundlage sozialpädagogischen Handelns sind, neben der Maßgabe gesetzlicher Regelungen, die Bildungspläne/Empfehlungen für frühkindliche Bildung der einzelnen Bundesländer.

Die KEG kritisiert, dass nur wenige Bundesländer in ihren Bildungsplänen für frühkindliche Bildung die religiöse Bildung und Werteerziehung als eigenen Bildungsbereich definiert und festgeschrieben haben.

Bei der Umsetzung der in den Bildungsplänen/Leitlinien verankerten Bildungsziele sieht die KEG erheblichen Handlungsbedarf. Die KEG fordert eine dringende Verbesserung der Rahmenbedingungen in den Kindertageseinrichtungen. Dazu gehören u. a.

- Ausreichendes qualifiziertes pädagogisches Fachpersonal – insbesondere auch für die Tagespflege;
- Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten mit gleichzeitigem personellen Ausgleich;

- Freistellung für Leitungsaufgaben;
- Feste Verankerung von Verfügungszeiten (Vor- und Nachbereitung) in den Dienstplänen;
- Senkung der Gruppengrößen;
- Supervision, Reflexion und Beratung des pädagogischen Personals.

In der Erzieherausbildung sieht die KEG Deutschlands erheblichen und v.a. Dingen sofortigen Reformbedarf. Dieser ergibt sich sowohl aus der Notwendigkeit einer Angleichung auf europäisches Niveau, als auch aus den stetig wachsenden Anforderungen zur Ausübung dieses Berufes.

Die KEG fordert die KMK auf, mit den Rahmenrichtlinien zur Erzieherausbildung in Deutschland endlich auch bundeseinheitliche Mindeststandards zu benennen und deren Verbindlichkeit anzustreben. Fachhochschulreife bzw. allgemeine Hochschulreife und menschliche Eignung sind wichtige Zugangsvoraussetzungen für den Erzieherberuf. Die KEG erachtet es als notwendig, langfristig einen Studiengang (Bachelor of Education) einzurichten. Das so erreichte Niveau muss sich nach erfolgreichem Abschluss in der Vergütung (vergleichbar den Dipl. Soz. Pädagogen) auswirken.

Die KEG befürwortet die Erzieherausbildung als Breitbandausbildung an Fachschulen/-akademien und Hochschulen. Das bedeutet u.a., dass bei der Aufnahme eines weiterführenden Studiengangs an einer Hochschule einzelne, bereits an der Fachschule absolvierte Ausbildungsmodulare, anerkannt werden.

Die KEG erwartet von einem durch Kooperation enger werdenden Bezug zur Hochschule sowie einer effektiven Verzahnung von Theorie und Praxis eine längst überfällige Aufwertung des Erzieherberufes.

Erheblicher Reformbedarf zur Qualitätsverbesserung in der Schule

Die internationalen Leistungsvergleichsstudien, nationale Analysen und regionale Betrachtungen zeigen deutlich, dass sich die Schulpolitik wesentlich verändern muss. Bildung muss zum zentralen Thema unserer Gesellschaft werden. Das heißt u. a., dass der Bildungssektor einen höheren Stellenwert in der Finanzpolitik erhalten muss.

Die Schule hat die Aufgabe, durch Bildung und Erziehung junge Menschen zur Bewältigung der sich ständig verändernden gesellschaftlichen Herausforderungen zu befähigen. Sie muss deshalb persönlichkeitsbildend wirken sowie ein breit gefächertes Grundlagenwissen und tragfähige Schlüsselqualifikationen vermitteln. Dazu leisten alle Fächer ihren spezifischen Beitrag.

Der Religionsunterricht gehört lt. Grundgesetz (Art. 7,3) als ordentliches Lehrfach in den Fächerkanon der öffentlichen Schule. Er vermittelt Grundwerte und trägt damit maßgeblich zur Persönlichkeitsentwicklung bei. Er greift in besonderer Weise die existenziellen Fragen des jungen Menschen auf – und damit die Frage nach Gott. Dabei gibt er Antworten auf die Sinnfragen junger Menschen und bietet Orientierungshilfe für eine sinnvolle Lebensgestaltung.

Wichtigstes Anliegen der Schule muss sein, durch differenzierte Bildungsangebote die unterschiedlichen Begabungen und Interessen der Schüler bestmöglich zu entfalten. Dafür sind unterschiedliche Schulformen notwendig. Die KEG tritt für eine Fortentwicklung des gegliederten Schulwesens in Deutschland ein und fordert, statt eines radikalen Systemwechsels, auf eine qualitative Verbesserung des bestehenden Systems zu setzen. Eines der Ziele sollte dabei sein, eine höhere Durchlässigkeit zwischen den unterschiedlichen Schulformen zu erreichen.

Daher braucht die Schule ein institutionalisiertes, professionelles Unterstützungssystem. Dann ist es auch möglich, unterschiedliche Schülerinnen und Schüler individuell bestmöglich zu fördern.

Allen Jugendlichen müssen dauerhafte Perspektiven auf dem ersten Arbeitsmarkt eröffnet werden. Allgemeinbildende Schulen müssen mit beruflichen Schulen, Betrieben und Kammern verstärkt kooperieren. Praktika für Schülerinnen und Schüler sollen die Lernmotivation fördern und bei der Berufswahl helfen. Die duale Berufsausbildung muss weiter als attraktive Alternative zum Studium gestärkt werden, z. B. durch die Förderung besonderer Leistungsträger in Handwerk und Industrie.

Ganztagsangebote an Schulen können nach Meinung der KEG bei entsprechender personeller und sachlicher Ausstattung zur Verbesserung der Bildungschancen beitragen und müssen bedarfsgerecht und flächendeckend ausgebaut werden.

Angesichts der zunehmenden Gewaltbereitschaft bei Kindern und Jugendlichen ist das Thema „Gewalt“ eine gesamtgesellschaftliche

Herausforderung, der sich auch Eltern und Pädagogen stellen müssen. Strategien der Prävention müssen im Dialog entwickelt und umgesetzt werden. Der besondere Zusammenhang „Gewalt und Medien“ muss auf allen Ebenen thematisiert werden.

Die technische Entwicklung, insbesondere die neuen elektronischen Medien, haben die Lebenswirklichkeit von Kindern und Jugendlichen radikal verändert. Insbesondere die Bildmedien stellen vermehrt eine Gefahr für Kinder und Jugendliche dar. Die KEG fordert die KMK auf, ein Verbot von gefährlichen Videos und Gewalt verherrlichenden Spielen herbeizuführen.

Den sozialpädagogischen und schulischen Einrichtungen in öffentlicher und freier Trägerschaft kommt im Gesamtrahmen des deutschen Bildungs- und Erziehungssystems hohe Bedeutung zu. Dazu fordert die KEG eine sachgerechte Ausstattung dieser Einrichtungen.

Anforderungen der Lehrerbildung dringend notwendig

Zentrale Ziele bei der Ausbildung von Lehrern für die heutige Schule sind:

- Die Fähigkeit, im Rahmen bestehender Vorgaben Lernziele und Lerninhalte mit Blick auf das Leben in der heutigen Welt zu gewichten.
- Die Fähigkeit, schulische Lernvorgänge fachwissenschaftlich und fachdidaktisch fundiert zu gestalten.
- Die Fähigkeit durch individuelle und einfühlsame Zuwendung den Schülern Hilfe bei der Bewältigung ihrer jeweiligen Lern- und Lebenssituation zu geben.
- Die Fähigkeit, gruppendynamische Prozesse in Lerngruppen zu durchschauen und zu steuern.
- Die Fähigkeit, außerschulische Einflüsse auf die Erziehung und Bildung der einzelnen Schüler zu identifizieren, um darauf reagieren zu können.
- Die Fähigkeit, ihre Person/Persönlichkeit und ihre Tätigkeit immer wieder zu reflektieren.

- Die Fähigkeit, Kooperationsmöglichkeiten und Netzwerke zu erkennen und zu nutzen.

Eine professionell gestaltete Lehrerbildung mit diesen Zielen kann nur auf der Basis des breiten wissenschaftlichen Lehrangebots einer Universität betrieben werden. Das gilt für die Lehrer aller Schulformen.

Durch die Anpassung des Lehramtsstudiums an das Paradigma der Bachelor- und Master- Studiengänge soll ein höheres Maß an Mobilität in Deutschland und Europa erreicht werden. Eine deutschlandweite Anerkennung der entsprechenden Abschlüsse ist als mittelfristiges Ziel dringend zu wünschen.

Integrale Bestandteile der Lehrerbildung sind Zeiten der Beobachtung und der eigenständigen Gestaltung von Unterricht, dabei sammeln die Studierenden bei fachkundlicher Begleitung praktische Erfahrungen in allen Zielbereichen der Lehrerbildung (s.o.). Die Bewertungsprädikate dieser praktischen Unterrichtszeiten sind bei der Erteilung der Lehrbefähigung in ihrer Summe gleichrangig mit dem Erfolg der akademischen Studien zu gewichten.

Verbesserung der Rahmenbedingungen

Bildungs- und Haushaltspolitiker müssen Pädagogen in ihrem jeweiligen Arbeitsfeld für ihre verantwortungsvolle Tätigkeit adäquate Rahmenbedingungen sichern. Dazu sind verstärkt wissenschaftliche Erkenntnisse einzubeziehen.

Die **KEG** fordert:

- Die Aufwertung des Ansehens der pädagogischen Fachkräfte und eine höhere Bezahlung in pädagogischen Berufen.
- Deutliche Erhöhung der Finanzmittel für Bildung, Erziehung und Betreuung.
- Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten für alle pädagogischen Berufe.
- Mehr Eigenverantwortung der Bildungseinrichtungen in Organisation, Budgetrecht und Personalmanagement.

- Realistische Darstellung und Wertschätzung der Arbeit von pädagogischen Fachkräften in den Medien.
- Ausreichendes Personal, damit auch bei Ausfällen die Qualität der pädagogischen Arbeit gewährleistet ist.
- Anpassung der Aus- und Fortbildung an die komplexer werdenden Herausforderungen in Kindertageseinrichtungen und Schulen.
- Reduzierung der Gruppen- und Klassengrößen, damit eine Verbesserung des Erzieher- bzw. Lehrer-Kind – Schlüssels erreicht wird.
- Ausbau institutionalisierter, professioneller Unterrichts- und Unterstützungssysteme, um der steigenden Aufgabenvielfalt gerecht zu werden.

Die KEG kooperiert mit anderen christlich orientierten Verbänden und mit kirchlichen Gremien sowie mit den Lehrer- und Erzieherverbänden im Deutschen Beamtenbund (dbb), um ihre Forderungen umzusetzen. Auch die Zusammenarbeit mit Wirtschaftsverbänden und anderen gesellschaftlichen Institutionen dient dem Erreichen der gesteckten Ziele. Hierzu erarbeiten Bundespräsidium, Bundesvorstand und Arbeitskreise eine Konkretisierung dieser Leitgedanken unter Bezugnahme auf die aktuellen politischen Fragestellungen.

Ludwigshafen, 19. April 2008